AZ: IV 61/60

Drucksache Nr.: 0782/2003/DS

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Hauptausschuss	01.11.2005	N	Kenntnisnahme
Bau-, Planungs- und Umwelt- ausschuss	10.11.2005	Ö	Vorberatung
Ratsversammlung	15.11.2005	Ö	Endg. entsch. Stelle

Berichterstatter:

OBM / Erster Stadtrat

Verhandlungsgegenstand:

**Erlass einer Satzung über die Erhebung
von Beiträgen für die Erneuerung von
Straßenbeleuchtungen**

A n t r a g :

Dem Entwurf der beiliegenden Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Erneuerung von Straßenbeleuchtungen in folgenden Straßen wird zugestimmt:

1. Julius-Brecht-Straße
2. Tannenweg
3. Schliemannstraße
4. Biberweg
5. Iltisweg
6. Kälberweg (Wührenbeksweg – Lerchenweg)
7. Kälberweg (Lerchenweg 27 / Ochsenweg 55 – Kälberweg 54 / 69)

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Haushaltsansatz

Begründung:

In den o. a. Straßen wurden in den Jahren 2003 und 2004 die Straßenbeleuchtungen erneuert.

Gemäß § 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) des Landes Schleswig-Holstein in Verbindung mit der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von vorhandenen Straßen, Wegen und Plätzen (Ausbaubeitragssatzung) vom 07.11.1997 sind bei vorhandenen Straßen, wenn sie im Sinne einer Erweiterung, Verbesserung, Erneuerung oder eines Umbaus neu ausgebaut werden, Beiträge zu erheben.

Gemäß § 2 Abs. 2 der Ausbaubeitragssatzung ist durch ergänzende Satzung zu regeln, für welche Einrichtungen der beitragsfähige Aufwand festzusetzen und durch Beiträge zu decken ist.

In § 3 Abs. 1 der Ausbaubeitragssatzung sind Höchstsätze für die Anteile, die vom beitragsfähigen Aufwand auf die Beitragspflichtigen umzulegen sind, festgesetzt. Welcher prozentuale Anteil für die einzelne Baumaßnahme anzusetzen ist, muss ebenfalls in der ergänzenden Satzung geregelt werden.

Hierzu wird im Einzelnen ausgeführt:

In den vorgenannten Straßen sind in den Jahren 2003 und 2004 die vorhandenen abgängigen Straßenleuchten bzw. Masten durch neue, dem heutigen Stand der Technik entsprechende Leuchten und Masten ersetzt worden.

Bei den genannten Straßen handelt es sich um Straßen, die im Wesentlichen dem Anliegerverkehr dienen. Sie sind daher hinsichtlich der Vorteilsbemessung unter § 3 Abs. 1 Nr. 2 a der Ausbaubeitragssatzung einzustufen, d. h. der Anteil, der vom beitragsfähigen Aufwand umzulegen ist, wird auf 75 % festgesetzt.

Der umzulegende Aufwand für die einzelnen Straßen ist der beigefügten Anlage zu entnehmen.

Es war langjährige und von den Verwaltungsgerichten unbeanstandet gebliebene Praxis der Stadt, die notwendige ergänzende Satzung nach Abschluss der Maßnahme / Eingang der Unternehmensschlussrechnung zu erlassen und mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft treten zu lassen. Diese Praxis hat das Verwaltungsgericht im Jahr 2002 in mehreren Rechtsstreitigkeiten beanstandet. Danach muss bereits vor Abschluss der Arbeiten / Eingang der Unternehmensschlussrechnung eine wirksame Satzungsgrundlage zur Erhebung der Beiträge bestehen. Dieses schließt die ergänzende Satzung ausdrücklich ein, so dass diese nach Ansicht des Verwaltungsgerichtes entweder vor Abschluss der Arbeiten / Eingang der Unternehmensschlussrechnung zu erlassen oder aber rückwirkend in Kraft zu setzen ist.

Entsprechend den vorstehenden Ausführungen ist der beiliegende Satzungsentwurf gefertigt worden.

Unterlehberg
Oberbürgermeister

Anlagen:

- Satzungsentwurf
- Kostenzusammenstellung über die Erneuerung von Straßenbeleuchtungen
- Lagepläne der Straßen (ohne Maßstab)